

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

März 2019

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Wirtschaft braucht Regeln

Fairer Wettbewerb nutzt Betrieben, Beschäftigten und Kunden



**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

mit 5,5 Millionen Beschäftigten und rund einer Million Betrieben ist das Handwerk Herzstück der deutschen Wirtschaft. Dabei ist es auch ein Stück Bildungskultur, die eng mit der dualen Berufsausbildung und dem Meisterbrief verbunden ist. Mit 365 000 Auszubildenden und 20 500 Meisterschülerinnen und -schülern ist das Handwerk „Deutscher Meister“ in der Aus- und Weiterbildung. Mit sieben Prozent liegt die Ausbildungsquote doppelt so hoch wie in der übrigen Wirtschaft. Garant hierfür ist der Meisterbrief, mit dem automatisch die Ausbildungsfähigkeit einhergeht.

Er ist der Schlüssel für den Erfolg. Nach dem Leitsatz: Nicht billig produzieren sondern Qualität durch Wissens- und Bildungsvermittlung.

Heute sehen wir, wie sich der 2004 im Zuge der rot-grünen Agenda-Politik durchgesetzte Wegfall der Meisterpflicht im Fliesenhandwerk auswirkt. Diese sollte nur noch für „gefährungeneigte Berufe“ gelten. Die Union sorgte dafür, dass auch die Ausbildungsleistung mitbewertet wird und konnte so noch für viele Berufe die Meisterregelung erhalten. Beim Fliesenhandwerk gelang dies nicht. Die Bilanz: Die Zahl der Betriebe stieg um das Dreifache; die Ausbildungsquote halbierte sich. In der Regel sind es nur

noch Ein-Mann-Betriebe mit ungelernen Aushilfen. Generell hinken bei den deregulierten Branchen Tarifbindung und Löhne hinterher. Und Meister sind, so wird beklagt, in diesen mancherorts kaum noch zu bekommen. Die, die es gibt, konzentrierten ihre Tätigkeit darauf, für Gerichte lukrative Gutachten über misslungene Handwerksarbeiten zu verfassen.

Wirtschaft braucht Regeln. Das gilt heute auch für die Logistik. Immer wieder fallen Zustelldienste durch sitten- bzw. rechtswidrige Beschäftigungsformen auf, die über die Verlagerung von Aufträgen an Subunternehmen verdeckt werden. Arbeit kann man delegieren. Die Verantwortung für eine saubere Abwicklung des Auftrages nicht. Deshalb brauchen wir eine Nachunternehmerhaftung für Sozialabgaben im Bereich der Paketdienstleistungen.

Wir wollen fairen Wettbewerb. Fair für die Unternehmen und ihre Kunden, aber auch fair für die Beschäftigten.

Ihr/ Euer

Uwe Schummer

Inhalt

Uwe Schummer - Wirtschaft braucht Regeln - Fairer Wettbewerb nutzt Betrieben, Beschäftigten und Kunden **1**

Betriebsratsgründungen erleichtern **2**

Für faire Paketdienstleistungen **2**

Erster Meinungsaustausch mit der neuen CDU-Chefin - Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast bei der Arbeitnehmergruppe **3**

Gespräch mit BM Müller über globale Zukunftsthemen **3**

Sylvia Pantel - Offensive für bezahlbaren Wohnraum - Junge Familien bei Eigentumsbildung unterstützen **4**

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Newsletter „Arbeitnehmergruppe aktuell“ erscheint regelmäßig monatlich in den Sitzungszeiten des Deutschen Bundestages. Die elektronische Fassung können Sie abonnieren. Bitte senden Sie uns hierzu unter dem Stichwort „Newsletter-Abo“ eine E-Mail an

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantw.)
Mitarbeit: Robert Schwope, Christina Molzahn
E-Mail: arbeitnehmergruppe@cducsu.de
Foto Titel: Jan Kopetzky

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Betriebsratsgründungen erleichtern

Die Koalitionsfraktionen haben ein Initiativrecht der Betriebsräte bei Weiterbildung sowie ein vereinfachtes Verfahren bei Betriebsratswahlen in kleineren Betrieben vereinbart. Darüber hinaus sieht die Arbeitnehmergruppe noch die Notwendigkeit, den Schutz von Betriebsratsgründungen zu verbessern.

Der Anteil verhinderter Betriebsratsgründungen ist schwierig zu quantifizieren, geht aber über Einzelfälle hinaus. Nach einer Betriebsratbefragung behindern Arbeitgeber jede sechste Betriebsratsgründung. Sie schüchtern Kandidaten ein, drohen mit Kündigung oder verhindern die Bestellung eines Wahlvorstands. Hier ist die Wahrnehmung eines grundlegenden Mitbestimmungsrechtes durch Beschäftigte besser zu schützen. Initiatoren einer Betriebsratsgründung sollten sich an einer unabhängigen Stelle registrieren lassen

können und damit den Schutzvorschriften im Betriebsverfassungsgesetz unterliegen. Zu prüfen ist, ob das über die Wahlordnungen geregelt werden kann oder eine Gesetzesänderung erforderlich ist.

Denkbar wäre alternativ oder ergänzend auch, Straftaten im Zusammenhang mit der Verhinderung von Betriebsratsgründungen zu relativen Antragsdelikten zu machen, d.h., dass diese bei öffentlichem Interesse auch ohne Strafantrag eines Geschädigten verfolgt werden können. Hierzu könnten Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebildet werden.

Außerdem fordert die Arbeitnehmergruppe, die Online-Wahl von Betriebsräten zu ermöglichen. Voraussetzung müssen die Einhaltung gleichwertiger Sicherheitsstandards sowie eine gemeinsame Zustimmung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein.

Für faire Paketdienstleistungen

Wenn man die Namen großer Logistikkonzerne in Verbindung mit dem Wort „Razzia“ googelt, wird man leicht fündig. Es sind auch nicht wenige schwarze Schafe, die bei Kontrollen des Zolls auffliegen, sondern regelmäßig ein Drittel bis zur Hälfte der Fahrer, die für Subunternehmen in deren Auftrag unterwegs sind. Die Umgehung geltenden Rechts hat System. Meist geht es um Verstöße gegen die Sozialversicherungspflicht oder das Mindestlohngesetz. Auch das Aufenthaltsrecht wird systematisch mißachtet.

Das Problem: Die Paketdienstleister können sich allzu leicht aus der Verantwortung ziehen, weil die rechtliche Verantwortung bei den Subunternehmen liegt. Es wird einfach nicht hinterfragt, was unter der Ägide dieser beauftragten Unternehmen passiert und wie die „günstigen“ Preise für die Paketzustellung zustande kommen.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe Uwe Schummer fordert deshalb die Einführung einer Nachunter-

nehmerhaftung im Bereich der Paketdienstleistungen. Mit einer solchen Nachunternehmerhaftung konnten auf Initiative der Union 2017 in der Fleischindustrie und schon früher im Baugewerbe rechtswidrige Zustände spürbar zurückgedrängt werden. Insbesondere geht es um eine gesamtschuldnerische Haftung für Sozialversicherungsbeiträge. Unternehmen können eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der für den Nachunternehmer zuständigen Einzugsstelle anfordern, um diese abzuwenden.

Rechtmäßig operierende Unternehmen könnten sich auf einen gerade in der Branche so dringend notwendigen Qualitätswettbewerb konzentrieren, statt sich unfairer Lohnkonkurrenz erwehren zu müssen. Und es ist auch nicht akzeptabel, dass der Gesetzgeber im Wettbewerb zwischen innerstädtischem Fachhandel und Online-Handel indirekt Partei ergreift, indem er eine Marginalisierung von Versandkosten über rechtswidrige Niedriglöhne in der Paketzustellung tatenlos zulässt.

Erster Meinungsaustausch mit der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast bei der Arbeitnehmergruppe



Kurz nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands besuchte Annegret Kramp-Karrenbauer die Arbeitnehmergruppe zu einem ersten Meinungsaustausch in ihrer neuen Funktion. Neben der Aufstellung der CDU für die Zukunft ging es

in dem Gespräch auch um aktuelle politische Debatten, so die Diskussion um die Rente für langjährige Versicherte mit geringen Ansprüchen. Weiteres Thema war die Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Einig waren sich CDU-

Bundesvorsitzende und Mitglieder der Arbeitnehmergruppe in der Bedeutung bezahlbaren Wohnens für die Lebenssituation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Bild: Christina Molzahn

Gespräch mit BM Müller über globale Zukunftsthemen



Zwei zentrale globale Zukunftsthemen stellte Gerd Müller, Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Gespräch bei der Arbeitnehmergruppe heraus: Ernährung und Klima.

„Eine Welt ohne Hunger ist möglich, mit unserem Wissen können wir alle Menschen satt machen“, so der Minister. Die Frauen Afrikas könnten die Probleme des Kontinents lösen, aber: „Sie werden nicht gehört“.

Auch der Klimaschutz entscheide sich in Afrika, sowie in Indien und China. Bundesminister Müller stellte die Beiträge Deutschland zur Weltklimakonferenz in Kattowitz vor: Die Verdoppelung des Beitrags für den Green Climate Fund und den Start der „Allianz für Entwicklung und Klima“. Dabei handelt es sich um eine Initiative, um zusätzliche private Investitionen für Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu gewinnen.

Auf dem Bild (von links): Uwe Schummer, Bundesminister Dr. Gerd Müller und der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe Paul Lehrieder.

Bild: Robert Schwoppe

Offensive für bezahlbaren Wohnraum - Junge Familien bei Eigentumsbildung unterstützen

Sylvia Pantel



Sylvia Pantel

Arbeitsgruppe Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Die richtige Wohnung und ein schönes Wohnumfeld sind wichtige Faktoren um gesund und zufrieden leben zu können. Die Wohnungsfrage ist eine zentrale soziale Frage unserer Zeit. Deshalb müssen wir schnell und nachhaltig handeln, denn wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, auch für Geringverdiener, für die breite Mittelschicht und für Familien. Um das zu erreichen, haben wir uns auf dem Wohngipfel 2018 auf einen Fahrplan für eine Wohnraumoffensive mit 1,5 Millionen Wohnungen geeinigt. Dabei haben wir vereinbart, investive Impulse für den Wohnungsmarkt zu geben, die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern, die Baukosten zu senken, die Eigentumsquote zu erhöhen und auch Fachkräfte zu sichern.

Länder müssen gutem Beispiel des Bundes folgen

So hat der Bund seit letztem Jahr die Möglichkeit, den Ländern zweckgebunden Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder

und Kommunen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu gewähren. Mit der Erhöhung der Kompensationsmittel für 2019 um 500 Millionen Euro auf rund 1,5 Milliarden Euro will der Bund in Vorleistung gehen. Die Länder sind im Gegenzug gefordert, diese zusätzlichen Mittel für Zwecke der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen. Zudem werden die Länder in den Jahren 2020 und 2021 mindestens zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau erhalten.

Um denen zu helfen, die ein geringes Einkommen haben, zahlt der Bund Wohngeld als Mietzuschuss oder als Lastenzuschuss. Personen erhalten für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird, zusätzlich Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz.

Genossenschaften fördern und selbstgenutztes Wohneigentum steuerlich entlasten

Neben dem mittlerweile beschlossenen Maßnahmenpaket aus Mietrechtsanpassungsgesetz, Sonder-AfA für den Mietwohnungsneubau und Baukindergeld, denke ich, dass auch die Förderung kleiner und mittlerer Wohnungsbaugenossenschaften einen zielführenden und sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot leisten können, weil sie die Belastung durch Mieten niedrig halten.

Wir alle wissen, dass gerade das selbstgenutzte Wohneigentum eine wichtige Säule der Vermögensbildung, der Altersvorsorge und nicht zuletzt für viele unterschiedliche Le-

bensentwürfe ist. Deshalb ist mir neben der Förderung von bezahlbarem Wohnraum auch die Möglichkeit, sich Eigentum zu schaffen, sehr wichtig. In diesem Zusammenhang sollte der Wegfall der Grunderwerbsteuer beim Kauf des ersten selbstgenutzten Wohneigentums ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Um die finanziellen Ausfälle zu kompensieren, könnte z.B. bei Share Deals Grunderwerbsteuer anfallen. Seit diesem Jahr begleitet der Bund mit dem Baukindergeld, wofür ich mich erfolgreich eingesetzt hatte, Familien auf dem Weg ins Eigenheim, - ob Neubau, Bestandsbau, Wohnung oder Haus ist dabei unerheblich.

Junge Familien gezielt bei der Eigentumsbildung unterstützen

Gerade jungen Familien mangelt es oft in den ersten Jahren der Familien Gründungsphase an den finanziellen Ressourcen zur Finanzierung des Eigenanteils am Eigentumserwerb. Trotz des derzeitigen Niedrigzinsniveaus scheitert daran nicht selten die Realisierung des Wunsches nach einem Eigenheim. Wir wollen aber jungen Familien den Erwerb der eigenen Immobilie ermöglichen. Deshalb trete ich auch für eine Bürgschaft des Staates für das Eigenkapital ein, wenn die Rate der Abtragung gesichert ist. Neben solchen Bundesbürgschaften müssen Angebote für lange Darlehensdauern eine mögliche spätere Hochzinsphase, höhere Abtragungen und damit eventuelle Zwangsversteigerungen verhindern. Schließlich wollen wir unseren jungen Familien die Möglichkeit der Eigentumsbildung erleichtern und die Eigentumsquoten so wie in vielen Europäischen Nachbarländern bereits vorhanden, auch erhöhen. Das hat neben sicheren guten Wohnverhältnissen auch positive Auswirkungen im Alter, da keine Miete bei abgezahltem Eigentum mehr anfällt.